

GRÜNE JUGEND Göttingen



Grünes Zentrum
Lange Geismarstraße 73
37073 Göttingen
presse-goettingen@gj-nds.de
gj-goettingen.de
www.twitter.com/gjgoettingen

Göttingen, 21.05.2015

Pressemitteilung (Nr. 23/2015)

Offener Brief zum Sozial- und Erziehungstreik an Rolf-Georg Köhler

Offener Brief der GRÜNEN JUGEND Göttingen an den Göttinger Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler.

Sehr geehrter Herr Köhler,

Der Streik im öffentlichen Sozial- und Erziehungsdienst läuft nun seit beinahe zwei Wochen. Wir begrüßen es sehr, dass Sie sich in den vergangenen Tagen bereits positiv zu den Forderungen der Streikenden geäußert und positioniert haben und bitten Sie, das auch weiterhin zu tun. Sie haben als Oberbürgermeister aber noch weitere Handlungsspielräume und halten Kontaktfäden in den Händen, die bloß genutzt werden müssen!

Für uns ist der Diskurs rund um den Streik von enormer Wichtigkeit, da er mehr als die bloße Forderung nach einer angemessenen Bezahlung beinhaltet – in dem Konflikt kommt eine Geschlechterdimension und die Frage nach sozialer Gerechtigkeit zum Tragen. Es geht dabei um die gesellschaftliche Anerkennung von Sorgetätigkeiten. Die gesellschaftliche Organisation von Sorgearbeit ist ein wichtiger emanzipatorischer Schritt, der es vielen Frauen erst ermöglicht hat, sich von der Betreuung und Erziehung der Kinder zumindest ein Stück weit frei zu machen. Doch auch weiterhin leisten immer noch fast nur Frauen Sorgearbeit, wenn auch nicht mehr ausschließlich in unbezahlter Form zu Hause. An dieser Stelle möchten wir auf das Bündnis [“Care Workers Unite”](#) hinweisen, welches sich in Göttingen gebildet hat und diese Perspektive beleuchtet und vor Ort in den Diskurs einbringt.

Viele Politiker*innen stimmen der Forderung der Streikenden nach einer angemessenen Anerkennung und Bezahlung zu, verweisen aber direkt darauf, dass das nötige Geld schlichtweg nicht vorhanden und die Forderungen deshalb nicht realisierbar seien. Das mag auf Grund der aktuellen Verteilung der Gelder und Mittel den Tatsachen entsprechen. Doch diese Verteilung ist nicht in Stein gemeißelt, sondern kann und muss angegangen werden.

Wir bitten Sie Ihre Kontakte zu nutzen! Sprechen Sie mit Bundestagsabgeordneten wie Herrn Oppermann aus Göttingen, denn diese tragen als Abgeordnete die Entscheidungen um die Verteilung der Gelder mit. Drängen Sie darauf, dass eine Umverteilung umgehend angegangen werden muss! Sowohl eine Umverteilung in diese Berufe, als auch eine Umverteilung der nötigen Gelder vom Bund in die Kommunen.

Üben Sie Druck auf die kommunalen Arbeitgeber*innenverbände aus!

Äußern Sie sich weiterhin positiv zu dem Streik!

Tun sich mit anderen Kommunen zusammen!

Seien Sie weiterhin solidarisch mit den Streikenden und unterstützen Sie deren Forderungen!

Mit solidarischen Grüßen,
GRÜNE JUGEND Göttingen